

presente

Bulletin der Christlichen Initiative Romero 3/2018

WAS KOSTET DIE WELT?

Über die systematische
Ausbeutung der Natur

HONDURAS
Bericht aus
einer Nähfabrik
für Nike und
Under Armour
(Seite 22-23)



Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

wenn wir in einer Kampagne über die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsproduktion oder der Agrarindustrie aufmerksam machen, erreichen uns viele Fragen von Ihnen: Wo gibt es Produkte aus besserer Herstellung? An welchem Siegel kann ich das erkennen? Das sind sehr wichtige Fragen und es ist jedes Mal motivierend zu sehen, dass bei vielen der Wille zur Veränderung besteht.

Doch was wir auch kaufen und wie viele Siegel wir auch kennen: Wir bleiben in dem System gefangen, das die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und damit eine immer weiter auseinanderragende Schere zwischen Arm und Reich produziert. Konzerne wachsen und häufen immer mehr Macht an, indem sie eine Fusion nach der nächsten feiern und all ihr Streben auf das Wohl weniger ausrichten, nämlich das ihrer Aktionär*innen.

„Während im Jahr 2010 noch 388 Personen so viel Reichtum wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besaßen, sind es 2017 nur noch acht Männer“, informiert das I.L.A. Kollektiv in seinem Dossier „Auf Kosten anderer“. Denn der Reichtum dieser acht (und ein paar mehr) Personen entsteht auf dem Rücken der breiten Masse der Menschen und der Natur, die gleichzeitig als scheinbar unerschöpfliches Ressourcenlager und als Müllhalde für Plastik, CO₂ und Giftstoffe verwendet wird.

Der Sozialwissenschaftler Markus Wissen und der Politikwissenschaftler Ulrich Brand

nennen dieses ausbeuterische System in ihrem Buch die „imperiale Lebensweise“. Wissen und Brand folgend, möchten wir Sie mit dieser Ausgabe einladen, sich diesmal nicht auf den eigenen Konsum und nachhaltige Alternativen für Kleidung und Lebensmittel zu konzentrieren, sondern das große Ganze in den Blick zu nehmen. Markus Wissen erklärt, wie durch die globale imperiale Lebensweise die komplette Natur in Wert gesetzt wird (Seite 4) und warum dieses Phänomen auch durch eine „Grüne Wirtschaft“ nicht aufgehalten werden kann, wie sich am Beispiel eines Solarparks in Honduras zeigt (Seite 7).

Ulrich Brand sowie Alberto Acosta, der ehemalige ecuadorianische Energieminister und Vertreter des Buen Vivir (Gutes Leben) stellen alternative Konzepte zur imperialen Lebensweise vor (Seite 10). Und am Beispiel der Wasserkraft-Projekte des Colectivo Madre Selva in Guatemala (Seite 13) zeigt sich, dass zwei Aspekte dabei ganz wichtig sind: Demokratie und Teilhabe. Das Beispiel aus unserem Partnerland Guatemala beweist nicht zuletzt, dass ein anderes Wirtschaften und ein Gutes Leben für alle möglich ist – es wird schon gelebt!

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Ihr CIR-Team

Das Titelbild von Herbert Aust (pixabay.com unter CCO Lizenz) verdeutlicht unsere scheinbar unstillbare Rohstoff-Gier. Es zeigt den Braunkohle-Tagebau in Garzweiler, Deutschland, mit seinen riesigen Schaufelbaggern. Und im Hintergrund die saubere, aber nicht zwangsläufig gerechtere Alternative der Windkraft.



THEMA

Was kostet die Welt? Über die systematische Ausbeutung der Natur

4 MARKUS WISSEN

Was kostet die Welt?

Inwertsetzung von Natur und imperiale Lebensweise

7 CHRISTOPH OHREM

Schmutzige grüne Energie –

Kritik am Vorgehen beim Bau von Solarparks

10 ALBERTO ACOSTA UND ULRICH BRAND

Degrowth und Post-Extraktivismus

Radikale Alternativen zum ausbeuterischen Kapitalismus



13 JOSÉ CRUZ

Der Weg des Lichts

Indigene schaffen sich solidarische Stromversorgung

KAMPAGNE

28 ISABELL ULLRICH (CIR)

H&Ms Goldesel

Das sagen die Angestellten von H&Ms „Vorzeigefabriken“

MITTELAMERIKA

Länderberichte

18 ANNE NIBBENHAGEN (CIR)

NICARAGUA

Gespaltenes Nicaragua

Bischöfe halten an Dialog fest

20 FIJATE

GUATEMALA

Migration in Mittelamerika

Interview mit Bischof Álvaro Ramazzini

22 KIRSTEN CLODIUS (CIR)

HONDURAS

Zu Besuch in der Nähfabrik

ÜBER UNS

27 Die CIR in Zahlen – Finanzbericht 2017

30 Neu im CIR-Team

31 Bestellschein

Diese presente könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer Mail (cir@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:

Kirsten Clodius, Andrea de Moraes Barros,
Joana Eink (V.i.S.d.P.), Eva Heineke,
Thorsten Moll, Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Merle Schmidt,
Albrecht Schwarzkopf, Isabell Ullrich,
Christian Wimberger

Lektorat: Joana Eink, Isabell Ullrich

Druck: Druckservice Roxel,
Münster, September 2018

Layout: Edith Jaspers

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Spenden an die CIR

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.

Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Die Veröffentlichung des Schwerpunktteils und des Infodienstes der presente wurde mit finanzieller Unterstützung von Engagement Global im Auftrag des BMZ ermöglicht. Für den Inhalt der Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angesehen werden.

Was kostet die Welt?

Inwertsetzung von Natur und imperiale Lebensweise

Die Inwertsetzung von Natur hat viele Gesichter. Sie zeigt sich dort, wo Agrarkonzerne Land in Besitz nehmen, das zuvor gemeinschaftlich bebaut wurde, wo Bergbaukonzerne die Erlaubnis erhalten, in Naturschutzgebieten Rohstoffe zu fördern, oder wo im Rahmen des Emissionshandels das Recht erworben wird, die CO₂-Absorptionskapazitäten der Atmosphäre in Anspruch zu nehmen. Was es mit Inwertsetzung und imperialer Lebensweise auf sich hat, erklärt der Sozialwissenschaftler MARKUS WISSEN.

Die verschiedenen Formen der Inwertsetzung von Natur haben eines gemeinsam: Natur, die bislang nicht oder nicht-kapitalistisch genutzt wurde, wird den Imperativen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen. Das bedeutet, dass sie nicht einfach nur bewirtschaftet wird, sondern dass die Bewirtschaftung unter dem Zwang der Profitmaximierung erfolgt. Maximiert werden soll der Profit des Unternehmens, das über die betreffende Natur ebenso verfügt wie über die Arbeitskräfte, die sie bewirtschaften.

Auffällig ist, dass die Inwertsetzung von Natur in jüngerer Zeit an Ausmaß und Intensität zugenommen zu haben scheint. Sowohl mineralische als auch metallische und agrarische Rohstoffe werden verstärkt extrahiert beziehungsweise angebaut und nachgefragt.

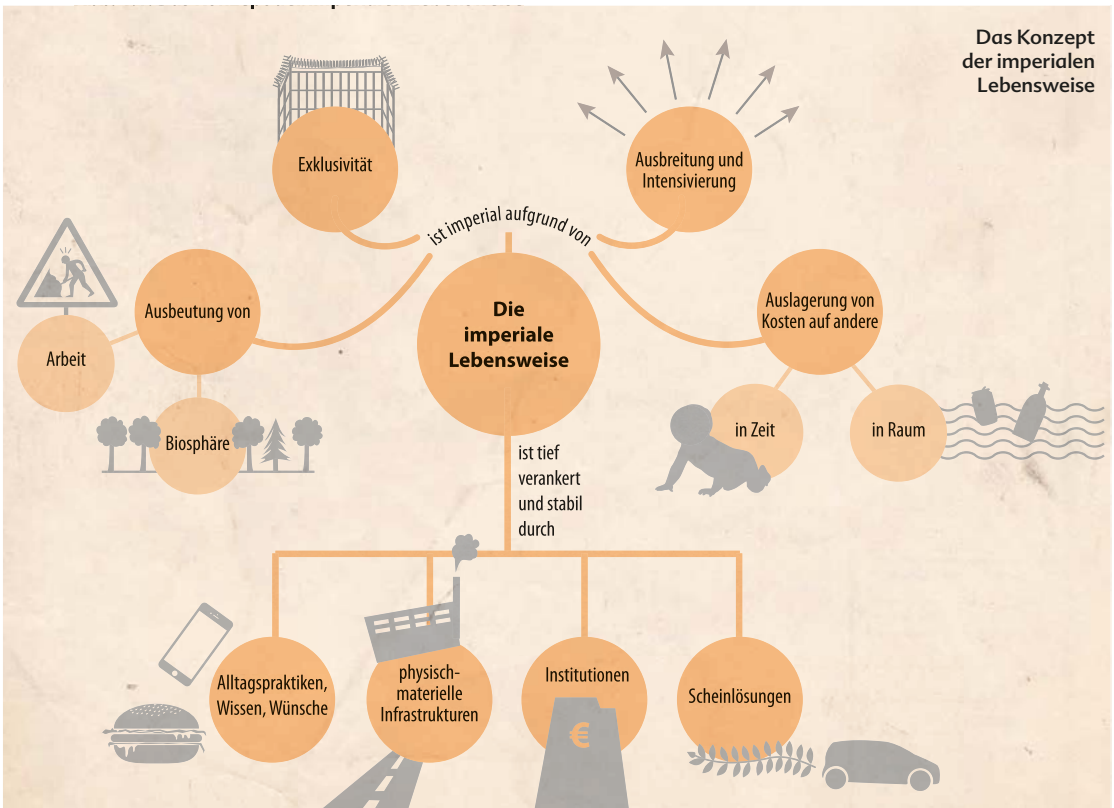
Woher kommt diese Lebensweise?

Das hat verschiedene Ursachen. Eine davon liegt in der sich ausdehnenden Tendenz

einer Lebensweise, die den prinzipiell unbegrenzten Zugriff auf Natur und Arbeitskraft im globalen Maßstab voraussetzt. Eine solche imperiale Lebensweise war lange Zeit vor allem ein Phänomen der Gesellschaften des globalen Nordens. Mit dem Kolonialismus und dann vor allem mit dem Industriekapitalismus wurden diese zunehmend davon abhängig, nicht nur die eigene Natur und die eigenen Arbeitskräfte auszubeuten, sondern auch Rohstoffe und Arbeitsleistung aus anderen Teilen der Welt zu importieren sowie Emissionen und Abfälle dorthin zurückzuschicken.

Zunächst profitierten davon vor allem die Ober- und oberen Mittelschichten des globalen Nordens. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurden mehr und mehr auch die Arbeiter*innen in die imperiale Lebensweise eingebunden, je abhängiger sie im Alltag von ressourcen- und emissionsintensiven Gütern wie Autos, Haushaltselektronik und industriell





hergestellten Lebensmitteln wurden und je mehr sie in der Produktion derselben ihren Lebensunterhalt verdienten.

Ein globales Phänomen

In jüngerer Zeit nimmt die soziale Ungleichheit im globalen Norden wieder zu. Das könnte ein Zeichen dafür sein, dass die gesellschaftliche Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise, die für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts charakteristisch war, an ein Ende gekommen sein könnte. Eine Verallgemeinerung lässt sich stattdessen auf einer globalen Ebene beobachten: Der Aufstieg von Schwellenländern wie China und Indien geht einher mit der Herausbildung von Ober- und Mittelschichten, die sich die Lebensweise ihres Gegenübers im globalen Norden tendenziell zu Eigen machen.

Aus einer sozial-ökologischen Perspektive ist dies ein schwerwiegendes Problem. Die imperiale Lebensweise bedarf eines „Außen“,

von dem sie ihre Rohstoffe, Produkte und Arbeitsleistungen bezieht und auf das sich ihre sozial-ökologischen Kosten verlagern lassen. In dem Maße, wie sie sich verallgemeinert, steigt auch der Bedarf an „externer“ Natur und Arbeitskraft. Die Inwertsetzung von Natur zu intensivieren – also immer mehr Bereiche des „Außen“ einer kapitalistischen Logik zu unterwerfen – ist eine Strategie, diesen Bedarf zu decken.

Grüner Anstrich: keine Lösung

Das kann auch dann destruktive Folgen haben, wenn die Inwertsetzung im grünen Gewand daherkommt, wenn also Wälder nur wegen der Fähigkeit, CO₂ zu absorbieren, erhalten werden oder wenn Rohstoffe für eine „grüne“ Ökonomie abgebaut werden. Auch ein „grüner Kapitalismus“ ist konkurrenzgetrieben und auf Wachstum ausgelegt. Er mag sinnvolle Innovationen hervorbringen, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien. ➤

Dabei bleibt er aber darauf angewiesen, dass auch die sinnvollen Bereiche wachsen, dass sich also die Versorgung mit grüner Energie nicht an den Mengen orientiert, die gesellschaftlich nötig wären, sondern an der Akkumulation von Kapital und der Mehrung von Profiten. Dadurch aber steigt der Druck auf Arbeitskräfte und Natur, im Fall der grünen Energien etwa durch eine zunehmende Nachfrage nach Metallen, die in Windrädern oder Solarzellen verbaut werden.

Ein Ausweg aus dem sozial-ökologischen Dilemma kapitalistischer Inwertsetzung liegt deshalb nicht in einer ökologischen Modernisierung der imperialen Lebensweise, sondern in deren Überwindung. Diese deutet sich heute schon an vielen Orten an, etwa dort, wo Menschen sich für Energiedemokratie und Ernährungssouveränität einsetzen. Es geht

darum, elementare Lebensbereiche einer konkurrenzgetriebenen und tauschwertorientierten Logik zu entziehen, um sie einer demokratischen Gestaltung zugänglich zu machen. Die zentrale Herausforderung liegt darin, solche Ansätze zu vervielfältigen und auf Dauer zu stellen.

Markus Wissen ist Professor für Sozialwissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Fellow am Kolleg Postwachstumsgesellschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena. 2017 hat er gemeinsam mit Ulrich Brand das Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ im Oekom-Verlag, München, veröffentlicht.



Wasser ist ein Menschenrecht!

Darf Wasser kommerziell genutzt werden? In dieser Frage stehen sich in El Salvador aktuell zwei Positionen gegenüber. Eine steht für eine imperiale, die andere für eine solidarische Lebensweise: Während rechtsgerichtete Parlamentarier*innen bereits die gesetzlichen Grundlagen vorbereiten, um die Wasserversorgung zu privatisieren, sagt eine breite soziale Bewegung: Nein, Wasser ist Menschenrecht und Allgemeingut! Die Nationale Allianz gegen die Privatisierung des Wassers stellt sich damit nicht nur gegen Kommerzialisierung. Sie vertritt vielmehr eine positive Vision der Wassernutzung. „Wir wollen ein Wassergesetz, das die Bedürfnisse der Bevölkerung stillt und die Ökosysteme schützt“, sagt Pedro Cabezas von der CIR-Partnerorganisation CRIPDES.



Die Demonstrationen gegen die Wasserprivatisierung im Juni waren die größten seit Jahrzehnten in El Salvador.

Unterstützen Sie die politische Arbeit von CRIPDES, die bereits 2017 mit dem gesetzlichen Bergbauverbot einen großen Erfolg erzielen konnte, mit einer Spende.

Stichwort « CRIPDES »



Im Einsatz für ein
Mitspracherecht der
lokalen Gemeinden:
Anwält*innen
Eli Portiello und
Karen Ponce

Schmutzige grüne Energie

Menschenrechtler*innen kritisieren Vorgehen beim Bau von Solarparks

*In Honduras entstehen gerade an vielen Orten Solarenergieparks. Große Felder mit Paneelen, die Unternehmen ohne Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung installieren. Finanziert werden sie häufig mit europäischem Kapital. In Europa erscheinen sie als gute Investition in ökologisch sinnvolle Projekte. Doch die Regierung in Honduras bezieht betroffene Gemeinden nicht in die Entscheidungen mit ein. Die Landbevölkerung wird vor vollendete Tatsachen gestellt – und lebt oftmals ohne Strom und in bitterer Armut in Rufweite der Anlagen. Das kritisieren Eli Portiello und Karen Ponce, Mitglieder des Anwält*innen-Netzwerks „Red de Abogados“. Christoph Ohrem traf sie für presente am Zaun zu einem der Solarparks bei Choluteca. INTERVIEW: CHRISTOPH OHREM*

Welchen Schwierigkeiten sehen sich die Menschen hier ausgesetzt?

”

Portiello: Diese Region ist geprägt durch extreme Hitze. Den Menschen fehlt es an Wasser. Zusätzlich dazu werden für Anlagen in großem Stil Bäume gefällt, was auch Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden hat.

Wie nachhaltig sind die Umweltschäden?

Portiello: Es werden neue Bäume angepflanzt. Aber es ist nicht sicher, dass die Pflanzen überleben. Wir glauben, dass der Schaden nicht wieder rückgängig zu machen ist. Nicht nur, weil es hier große Probleme bei der Wasserversorgung gibt. Das wenige Wasser, das es gibt, nutzen die Betreiber der Solar- ➤



Auf dem Solarpark-Gelände wächst nichts mehr. Die für die Gemeinde wichtigen Kalebassen-Bäume mussten den Solarpanelen weichen.



Viele Gemeindemitglieder leben in unmittelbarer Nähe zum Solarpark.

anlagen häufig, um die Panele zu waschen. Das ist alles sehr ungerecht. Bei diesem Projekt hier hatten wir keinerlei Mitspracherecht. Sie haben den Anwohner*innen erzählt, dass durch den Bau der Solaranlage alles besser werden würde. Sie haben aber nichts von den Konsequenzen und Risiken erwähnt.

Ist Solarenergie also in Honduras generell zu verurteilen?

Portiello: Wir sind nicht gegen Solarenergie. Das ist eine sehr saubere Energie. Nur ist diese Energie nicht für die Gemeinden hier bestimmt. Sie wird exportiert in andere Länder. Wir sind die größten Produzent*innen dieser Energie in Zentralamerika. Aber wir als Bürger*innen müssen die Energie viel teurer wieder zurückkaufen. Wir produzieren hier und kaufen woanders teuer zurück. Wir sehen von den Vorteilen dieser Anlage nichts. Die Gemeinden hier profitieren nicht. Niemand landesweit. Alles geht an die Unternehmen. Nichts an die Gemeinden.

Handelt es sich also eher um schmutzige als wirklich saubere Energie?

Portiello: Ja, das kann man sagen. Natürlich ist sie sauber, weil sie keine starke Verschmutzung schafft. Aber die Menschen hier kennen sehr wohl die Konsequenzen davon, neben diesen Anlagen zu wohnen. Einige Menschen wissen von dieser Ungerechtigkeit und sagen: Was nützt es schon zu protestieren und anzuklagen, da sich eh nichts ändern wird. Wir aber solidarisieren uns mit den Menschen, die sich wehren. Als Anwält*innen werden wir vor die höchsten Instanzen ziehen.

Was möchten Sie Menschen sagen, die diese saubere Energie für ihr gutes Gewissen nutzen?

Portiello: Wir wissen, dass in den industrialisierten Ländern sehr respektvoll mit der Natur umgegangen wird. Wir wünschen uns, dass die Länder den Unternehmen ins Gewissen reden, die hier in Honduras investieren. Wir haben Kenntnis davon, dass die Regierung in Norwegen an diesem Projekt beteiligt ist. Und dass sie sich sehr um Umweltschutz bemüht. Es ist jetzt die Frage, ob sie einfach nicht weiß, was hier passiert. Oder ob sie einfach die Umwelt nur zu Hause schützt. Es geht uns darum, einen Weckruf zu formulieren.

Wird sich die Situation auf lange Sicht ändern?

Portiello: Wir haben Hoffnung. Nicht unbedingt immer darauf, die Projekte ganz zu verhindern. Aber wir versuchen, das Beste für die Gemeinden herauszuholen. Sie nutzen unser

Land. Sie nutzen unsere Sonne. Wir sind die Produzenten dieser Energie und doch müssen wir sie teuer erkaufen.

Berichten denn die Medien über Umweltprobleme in Honduras?

Ponce: Über solche Vorfälle berichten nur unabhängige Medien. Die Regierung reagiert normalerweise mit Repression. Auch in den sozialen Medien wie Facebook. Dort werden dann Seiten geschlossen. Das können wir nicht gutheißen. Wir sind junge Menschen und nutzen diese Medien, um Ungerechtigkeiten anzuprangern. Um den Kampf sichtbar zu machen. Es ist ja nicht so, dass wir gegen diese Projekte sind. Wir möchten nur, dass sie sich an die Regeln halten, die Menschenrechte respektieren.

Inwiefern hat Korruption damit zu tun, dass solche Vorfälle entstehen können?

Ponce: Das Krebsgeschwür in Honduras ist Korruption. Wenn wir eine Regierung hätten, die für das Volk wäre, dann würden wir nicht mit dieser Realität konfrontiert. Es ist ein Traum für uns, das durchzusetzen. Dafür kämpfen wir. Wir haben Hoffnung, dass sich die Dinge ändern. Wir sind eine neue Generation, die beobachtet, die die Effekte sieht und etwas ändern möchte. Eine, die aufsteht und sich wehrt – und studiert. Wir möchten einfach nicht, dass diese Regierung und diese Unternehmen hier bleiben, deshalb recherchieren wir und handeln. Wir veröffentlichen unsere Informationen, was unser größter Beitrag zum Umschwung ist. ■ “

Christoph Ohrem ist freier Journalist aus Köln. Neben seinem Kulturschwerpunkt arbeitet er zu verschiedenen Themen aus Lateinamerika. Das Interview führte er im Rahmen einer Pressereise der CIR und der CIR-Partnerorganisation ERIC.



Pedro Landa der Organisation ERIC im Interview mit Journalist Christoph Ohrem.

Ungerechtigkeit öffentlich machen!

Die CIR-Partnerorganisation ERIC hat die Pressereise organisiert, in deren Rahmen dieses Interview entstanden ist. ERIC unterstützt das junge Anwaltsnetzwerk von Karen Ponce und Eli Portiello unter anderem, indem sie die Ungerechtigkeiten an die Öffentlichkeit bringt, gegen die die jungen Jurist*innen gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung kämpfen. ERIC berichtet auch im eigenen Radiosender Radio Progreso – eines der wenigen unabhängigen Medien in Honduras. Für alle, die der neoliberalen, autoritären Regierung und den Konzernen etwas entgegensetzen, gilt der Sender als wichtiger Kommunikationskanal und auch als gewisser Schutz – denn wer öffentliche Aufmerksamkeit genießt, lässt sich nicht so einfach still und heimlich aus dem Weg räumen.

Unterstützen Sie die investigative Arbeit von ERIC und ihren Partner*innen!

Stichwort « ERIC »



RADIKALE ALTERNATIVEN ZUM AUSBEUTERISCHEN KAPITALISMUS

Degrowth und Post-Extraktivismus

„Die beiden im Folgenden vorgestellten Konzepte, Post-Extraktivismus und Degrowth (Wachstumsrücknahme), gehen dahin, wo es weh tut: An die Wurzeln einer Kritik des Gegenwartskapitalismus. Dieser basiert auf der Ausbeutung der Natur. Geradezu zwanghaft muss er alles, was in der Erde steckt, aus ihr herausholen. Und er muss dies tun, weil er ohne beständiges Wachstum nicht leben kann. Wer daher von Post-Extraktivismus und Degrowth spricht, spricht von nichts anderem als vom Ende des Kapitalismus“. (Auszug aus dem Vorwort von Stephan Lessenich) TEXT: ALBERTO ACOSTA, ULRICH BRAND

Was die beiden Perspektiven Post-Extraktivismus — aktuell in Lateinamerika diskutiert — und Degrowth — aus Europa — teilen, ist die tiefgreifende Kritik am Kapitalismus, vor allem an seinem neoliberalen Stadium. Gleichermäßen stimmen beide Perspektiven darüber überein, dass das eigentliche soziale Problem auf die tief verwurzelten Vorstellungen und Praktiken des Fortschritts, der Entwicklung und des Wachstums zurückzuführen ist.

Was kommt nach dem Wachstum?

Aus der Perspektive des **Degrowth** müssen die Länder, die als Industrieländer gelten,

wachsende Probleme internationaler Ungerechtigkeit lösen, die sie selbst verursacht haben, und vor allem Kriterien der Genügsamkeit einbeziehen. Letzteres heißt, dass sie ihre Produktions- und Lebensweise ändern müssen, um den Energie- und Materialverbrauch zu senken. Degrowth — so argumentiert etwa der europäische Wissenschaftler Giorgos Kallis — setzt bei den wirtschaftlichen und politischen Institutionen sowie bei den Werten und individuellen Bestrebungen an. Dadurch werden viele Menschen eine Abnahme ihres Einkommens und ihres materiellen Komforts hinnehmen müssen. Das Ziel ist aber, dass sie diese Reduzierung nicht als Verlust des Wohlbefindens ansehen.



Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem verlangt, kurz gesagt, einschlägige politische Voraussetzungen: eine ökologische Steuerreform, die Berücksichtigung strenger Höchstgrenzen beim Verbrauch natürlicher Ressourcen und bei Emissionen, kulturelle Veränderungen, wie etwa eine Abnahme des materiellen Konsums und der Ungleichheit, sowie die Unterstützung der Länder des Südens bei ihren Bemühungen, ihre Wirtschaft zu transformieren.

Gleichzeitig müssen die strukturell ausgeschlossenen Länder mit ihren weithin vom globalen Reichtum abgekoppelten Gesellschaften Optionen für ein würdevolles und nachhaltiges Leben finden, das nicht eine karikaturhafte Neuauflage der westlichen Lebensweise ist. Es geht bei Degrowth nicht darum, dass Länder, die nicht dem klassischen Entwicklungsmodell folgen (konnten), weiterhin von Ressourcen ausgeschlossen werden, um so eine globale ökologische Katastrophe zu verhindern. Das wäre zynisch. Der globale Süden sollte aber darauf achten, sozial und ökologisch unnachhaltige Lebensweisen nicht zu übernehmen. Es ist unabdingbar, dass sich die Gesellschaften dort verantwortungsbewusst damit beschäftigen, was Wirt-

schaftswachstum konkret bedeutet, wer davon profitiert und wer ausgeschlossen wird. Genau das wird mit dem Begriff Post-Extraktivismus thematisiert.

Was kommt nach der Ausbeutung?

Der **Post-Extraktivismus** als politische Perspektive ist aus einer doppelten Konstellation entstanden: einerseits aus der erfolgreichen Mobilisierung von vielen Menschen und Organisationen in Lateinamerika gegen den Neoliberalismus und andererseits aus der Infragestellung des Neo-Extraktivismus, einem Wirtschaftsmodell, das auf unreguliertem Raubbau an natürlichen Ressourcen basiert. Dieses Modell wurde und wird sowohl von neoliberalen, als auch von progressiven Regierungen vorangetrieben. Unter Extraktivismus werden dabei allgemein Aktivitäten ver-

standen, die große Mengen natürlicher Ressourcen fördern, um sie auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Das schafft ökologische Zerstörung, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Instabilität. Extraktivismus beschränkt sich nicht auf Mineralien oder Öl; es gibt auch Agrar-, Forst-, Fischerei- und sogar touristischen Extraktivismus.



Der Begriff des Post-Extraktivismus beinhaltet keine generelle Ablehnung jeglicher Nutzung natürlicher Ressourcen. Was er ablehnt, ist die Beherrschung und Zerstörung der Natur, die Marginalisierung und Ausbeutung von Menschen sowie lokaler und regionaler Sozialstrukturen, die, motiviert durch den globalen kapitalistischen Markt, die rücksichtslose Aneignung der Natur begünstigen.

Die lateinamerikanische Debatte unterscheidet dementsprechend in Anlehnung an den uruguayischen Umweltwissenschaftler Eduardo Gudynas drei Formen des Extraktivismus: erstens einen plündernden Extraktivismus, der gegenwärtig praktiziert wird, zweitens einen behutsamen Extraktivismus, der bestimmte ökologische und soziale Standards respektiert und in einer Übergangsphase eingesetzt werden soll, und drittens den für die Gesellschaft unverzichtbaren Extraktivismus – wobei die Kriterien dieses Ansatzes stets auch Gegenstand sozialer Konflikte und Aushandlungsprozesse sind. Im Grunde kann bei der dritten Variante nicht mehr von Extraktivismus als Entwicklungsmodell gesprochen werden, sondern eher von umsichtigen und gesellschaftspolitisch vereinbarten Formen der Rohstoffnutzung.

In diesem Wirtschaftsmodell werden die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Schädigung von Menschen auf ein Minimum reduziert. Es geht einher mit der Anerkennung einer Pluralen Ökonomie, Agrarreformen, angepassten Technologien sowie einem Umbau der bestehenden Steuer- und Subventionssysteme nach Kriterien sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Um eine zivilisatorische Transformation zu erreichen, liegt eine der ersten Aufgaben in der Ent-Ökonomisierung der Natur. Menschen und Gesellschaft müssen sich bewusst wieder mit der Natur verknüpfen. Wirtschaftliche Ziele müssen das Funktionieren natürlicher Systeme respektieren, ohne die Ach-

tung der Menschenwürde aus den Augen zu verlieren und indem sie die Lebensqualität der Menschen gewährleisten. ■



Dieser Text ist ein Auszug aus dem Buch „Radikale Alternativen – Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann“ des ehemaligen ecuadorianischen Energie-ministers und Wirtschaftswissenschaftlers Alberto Acosta und des deutschen Politikwissenschaftlers Ulrich Brand; erschienen im oekom Verlag, München 2018.

Aktiv gegen Extraktivismus

Die nicaraguanische Regierung hat im August die Erlaubnis für ein Goldbergbau-Projekt des britischen Unternehmens Condor Gold erteilt. Die betroffene Gemeinde Mina La India leistet seit Jahren Widerstand dagegen. Das bergbaukritische Netzwerk ACAFREMIN unterstützt die Gemeinde dabei, stellte etwa den Kontakt zur Petitionsplattform SumOfUs her (hier Petition unterzeichnen: actions.sumofus.org/a/ifc-mine-stoppen).

Der Druck zeigt Wirkung: Das Unternehmen hat von seinen Plänen abgelassen, die Gemeinde umzusiedeln. Doch der offene Tagebau im Umfeld des Dorfs steht nun unmittelbar bevor und gefährdet die Gesundheit der Anwohner*innen.

Mit Ihrer Spende kann ACAFREMIN betroffene Gemeinden wie Mina La India weiter gegen blinden Extraktivismus unterstützen.

**Stichwort
« BERGBAU MITTELAMERIKA »**



Der Weg des Lichts

Indigene in Guatemala schaffen sich solidarische Stromversorgung

Wo Flüsse in Lateinamerika genutzt werden, um Strom zu erzeugen, entstehen vielerorts Konflikte. Die Betreiberkonzerne der großen Staudämme verbergen hinter der Rhetorik von sauberer Energie oft rohe Gewalt. Sie vertreiben indigene Gemeinden, fluten ihr Land und zerstören damit ihre Lebensgrundlage. Der indigene Aktivist Bernardo Caal befindet sich in Guatemala aktuell seit Monaten in Haft, weil er Proteste gegen Wasserkraftwerke in der Region Cahabón organisierte. José Cruz von der guatemalteckischen CIR-Partnerorganisation Colectivo Madre Selva begleitet den Fall. Doch er weiß, dass es auch anders geht: Indigene Gemeinden nutzen Wasserkraft – und zwar nachhaltig und solidarisch.

AUTOR: JOSÉ CRUZ (COLECTIVO MADRE SELVA), ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Die natürlichen und sozialen Bedingungen

Die Region Reina Uspantán im Departamento Quiché weist gute Bedingungen für die Wasserkraft auf. Eingeschmiegt zwischen der Sierra de Chamá und dem Berg Lamay genießt die ökologische Nische eine elf Monate lange Regenzeit. Die Flüsse im Tal versorgen derzeit zwei große Staudämme mit Wasserkraft. Außerdem sollen ein weite-

res Megaprojekt und ein halbes Dutzend privater Projekte in der Region gebaut werden. Die Betreiber missachten dabei völlig die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Sie spricht den indigenen Gemeinden das Recht zu, den Projekten vor ihrer Umsetzung frei und informiert zuzustimmen – oder sie abzulehnen. Die Bevölkerung in Reina Uspantán, die vor allem den Q'eqchi' und anderer Maya-Gruppen angehört, ist isoliert und verarmt. Die meisten haben ➤



Die indigenen Gemeinden geben der modernen Technik ihre eigene Bedeutung, indem sie die Turbinen den im bewaffneten Konflikt ermordeten Angehörigen widmen.

keinen Zugang zu Elektrizität. Auch das Gesundheits- und das Bildungssystem sind mangelhaft.

Wie alles begann

Während des bewaffneten Konflikts 1960 bis 1996 litt ein großer Teil der Q'eqchi' Bevölkerung unter der Verfolgung durch die staatliche Armee. Tausende flüchteten nach Mexiko. Wer die Grenze nicht überqueren konnte, versteckte sich in den Bergen und formte die „Comunidades de Población en Resistencia“ (Gemeinden im Widerstand). Sie lebten dreizehn Jahre lang unter extremen Bedingungen, bis sie mit der Unterstützung und dem Schutz des Bischofs von Quiché und internationaler

Freiwilliger 1990 ihre Verstecke verließen. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags siedelte der Staat 400 Familien auf das Territorium „Unión 31 de Mayo“ um.

Diese Gemeinschaft erarbeitete selbst einen Entwicklungsplan. Sie entschied sich, eine Turbine zur Stromerzeugung zu installieren. Mit der Unterstützung internationaler Organisationen verwirklichten sie den Traum: 2006 weihten sie die Turbine ein und widmeten sie den „Held*innen und Märtyrer*innen des Widerstands“. Sie versorgte Straßen, Schulen und Gesundheitszentren mit Licht. Aufgrund mangelnder finanzieller Mittel konnte aber nicht jedes Haus an das Netz angeschlossen werden. Zahlreiche Probleme entstanden: Der Kanal, in dem sich die Turbine befand, bekam Risse, wodurch die Stromversorgung unterbrochen wurde. Die Instandhaltung erforderte ausgebildete Arbeitskräfte, die nicht vorhanden waren. Ein radikaler Missionar aus Südafrika machte sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung zunutze und gründete zahlreiche radikale Sekten. Dies führte zur Spaltung der ursprünglichen Gemeinden in vier kleinere Gemeinden und zur Schließung des Turbinen-Projekts.

Ein neuer Weg

2010 entschieden einige Gemeindemitglieder, Kontakt zum Colectivo Madre Selva aufzunehmen, um das Projekt zu reaktivieren. Mit Hilfe der finanziellen Unterstützung der Kirche von Norwegen wurde die Turbine am 30. Mai 2012 wiedereröffnet. Dieses Mal wurden alle Häuser der 460 Familien an das Stromnetz angeschlossen. Die Gemeinden gründeten einen neuen Betreiberverein und wählten einen neuen Vorstand. Der Verein hob einen Kanal an einer anderen Stelle aus und verstärkte ihn mit hochwertigerem Beton. Außerdem richtete er eine automatische Anlage ein, die den Wasserzufluss reguliert, und installierte eine neue Turbine. 2017 konn-

te der Verein mit den Beiträgen der Gemeindeglieder sogar einen leistungsstärkeren Generator erwerben.

Wasserkraft, die Wälder schützt

Im Gegensatz zu Mega-Staudämmen, für die oft quadratkilometerweise Regenwald geflutet wird, haben sich die Gemeinden mithilfe von Madre Selva eine ganzheitliche Perspektive zu Eigen gemacht. Da die Einwohner*innen nun direkt profitieren, haben sie ein Interesse daran, die Wälder zu schützen. Schließlich sind sie es, die die Flussläufe und somit auch die Turbinen mit Wasser versorgen. Die Wälder sind sowohl Grundlage für die ökologische Nachhaltigkeit als auch für die autonome Energieversorgung.

Lektion gelernt

Geeinte und organisierte Gemeinden können wortwörtlich das Licht erreichen. Sie haben ihre Differenzen beigelegt, um sich auf das Gemeinwohl zu konzentrieren. Ehrliche, verantwortungsvolle und effiziente Teams verwalten die vier laufenden Projekte. In der Region ausgebildete Elektriker*innen kümmern sich um die Instandhaltung und die Reparaturen. Die Gemeindeglieder tragen ihren Teil bei, indem sie freiwillige Arbeit leisten und rechtzeitig ihre Beiträge zahlen. Sie lernen, wie man das Territorium und die Gemeingüter Wasser und Wald schützt und verwaltet. Manche Gemeindeglieder bilden sich in ökologischer Landwirtschaft aus und stärken so die Ernährungssouveränität. Sie gehen einen eigenen Entwicklungsweg und brechen so mit einer Vergangenheit der Ausbeutung und der Verarmung. Bereits neun Gemeinden haben sich in Reina auf den Weg der unabhängigen Energieversorgung gemacht.

Aktuelle Herausforderungen

Colectivo Madre Selva hat mehr als drei Dutzend Anfragen für weitere Turbinen erhalten.

Die Flussläufe vieler Gemeinden verfügen aber nicht über genügend Wasser und geeignetes Gefälle. Wir denken deshalb über ein größeres Projekt nach, bei dem sich mehrere Gemeinden zusammentun. Eine Turbine mit einer Leistung von zwei Megawatt würde nach unseren Berechnungen den Bedarf der Gemeinden decken. Sie verstehen die Notwendigkeit sich zu verbünden, um den Weg der unabhängigen Entwicklung weiterzugehen. Madre Selva ist bereit, die Herausforderung anzunehmen. ■



Für einen anderen Entwicklungsweg

Die Arbeit des Colectivo Madre Selva (deutsch: Kollektiv Mutter Regenwald) beruht auf natur- und sozialwissenschaftlicher Forschung. Die CIR unterstützt vor allem den Widerstand der Umweltorganisation gegen industrielle Megaprojekte. José Cruz und seinen Kolleg*innen ist dabei wichtig, der Bevölkerung Alternativen zu bieten. Die Turbinen-Projekte sind ein Beispiel dafür.

Unterstützen Sie die konstruktive Arbeit der Organisation in den vom Staat vergessenen Gemeinden mit einer Spende.

Stichwort « MADRE SELVA »

El Salvador

San Romero – Heiliger der Armen

Am 14. Oktober 2018 wird der ermordete salvadorianische Bischof Oscar Romero von Papst Franziskus in Rom heiliggesprochen. Für die Basisgemeinden El Salvadors ist er schon lange ein Heiliger: ‚San Romero‘ nennen sie ihn. Schon vor seinem Tod 1980 war er ihre Stütze im Einsatz für ein Reich Gottes auf Erden, das von Gerechtigkeit und Nächstenliebe geprägt ist. Die Gemeinden verstehen sich als eine Kirche der Armen.

Dass nun auch die Amtskirche Romero würdigt, ist für unsere Partnerorganisation FUNDAHMER eine bedeutende Anerkennung dieses Konzeptes. Am 13. und 14. Oktober wird die Vereinigung



der Basisgemeinden FUNDAHMER die Heiligsprechung in San Salvador mit Veranstaltungen und Gottesdiensten feiern. Jedoch nicht nur als „Zielerreichung“, wie es die Geschäftsführerin von FUNDAHMER, Maria Elena de Cruz formuliert, „sondern als Ausgangspunkt mit ganz konkreten Verpflichtungen hin zum Aufbau einer Gesellschaft, von der San Romero geträumt hat.“ Die CIR möchte FUNDAHMER hierbei finanziell unterstützen, etwa durch die Übernahme der Fahrtkosten für Gemeindemitglieder vom Land.

Bitte ermöglichen Sie mit Ihrer Spende das Gelingen gemeinsamer Feierlichkeiten für Romero.

Stichwort
« SAN ROMERO »

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Grundsätze
unserer
Projektarbeit

Guatemala

Unermüdlich gegen soziale Ungerechtigkeit

Die CIR-Partnerorganisation CEADEL setzt sich in und um Chimaltenango an allen Ecken für soziale Gerechtigkeit ein: Sie stehen Arbeiter*innen auf Kaffeeplantagen und in Nähfabriken in ihrem Kampf um würdige Arbeit bei und organisieren Jugendprogramme, damit die Teenager weder einer Mara (Bande) in die Hände fallen, noch ungewollt schwanger werden.

Gerade haben sie zwischen der Modemarke Tommy Hilfiger und einer ihrer Zulieferfabriken und entlassenen Arbeiter*innen vermittelt. Ergebnis: Die Entlassenen bekommen nun wenigstens eine kleine Abfindung — Geld für die nächste Miete und ein kleines Stück Gerechtigkeit.

Ermöglichen Sie mit einer Spende, dass CEADEL weiterhin für Gerechtigkeit streiten kann.

FOTO: FORO DE MUJERES

**Stichwort
«CEADEL»**

Honduras

Erfolg im Kampf gegen Straffreiheit!

Vor zwei Jahren wurde Jenny Ferrera vor den Augen ihrer Kinder von ihrem Ex-Partner getötet. Er blieb straffrei, bis das Foro de Mujeres por la Vida (Frauenforum für das Leben) den Fall vor Gericht brachte. Mit Spendengeldern bezahlte die CIR die Anwältin, damit der Mord nicht ungesühnt blieb. Mit Erfolg! Der Täter wurde nun nach einem langwierigen Prozess tatsächlich zu einer 20-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Leider ist der Mord an Jenny kein Einzelfall und der Bedarf an Rechtsbeistand für Frauen, die

männliche Gewalt erleiden, ist hoch. Das Forum bietet ihnen diese Unterstützung.

Stärken Sie das Foro de Mujeres in ihrem Einsatz für Gerechtigkeit!



Das Team des Foro de Mujeres feiert die Verurteilung des Frauenmords an Jenny Ferrera.

**Stichwort
«FORO DE MUJERES»**

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen, wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Katholischen Fonds, sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

**IHRE
SPENDE
HILFT**

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

„Nicaragua libre“
(ein freies Nicaragua),
lautet eine Losung der
Demonstrant*innen.



Nicaragua

Gespaltenes Nicaragua

Bischöfe halten an Dialog fest

*Seit Mitte April befindet sich
Nicaragua im Ausnahmezustand.
Wie es dazu kam und wie sich
die Kirche gegenüber der Regierung
Ortega positioniert, fasst ANNE
NIBBENHAGEN (CIR) zusammen.*

Es begann mit Protesten gegen eine Sozialreform. In die Demonstration knüppelten regierungsnahe Schlägertrupps, was für Regierungsunzufriedene das Fass zum Überlaufen brachte und wie ein Katalysator wirkte. Landesweit traten Hunderttausende in Solidarität mit den Verwundeten in die Öffentlichkeit. Darauf reagierten Sicherheitskräfte mit einer Härte — gezielten Bauch- und Kopfschüssen — die keine andere Interpretation zulässt, als dass Tote willentlich in Kauf genommen, sogar einkalkuliert wurden. Das ist staatliche Repression! Hunderte Menschen sind seither gestorben, tausende erlitten Verletzungen. Heute verstecken sich viele aus Angst vor Verhaftungen und Schlimmerem.

Die Rolle der Kirche

Trotz massiver Angriffe ruft die katholische Kirche bis heute dazu auf, den Nationalen Dialog wieder aufzunehmen, um die vorgefallenen Menschenrechtsverletzungen aufzuklären und vorgezogene Neuwahlen zu

gestalten. Im April hatte Präsident Ortega die Bischofskonferenz gebeten, den Nationalen Dialog zu moderieren, um die Proteste rasch in den Griff zu bekommen. Offensichtlich hatte Ortega die Hoffnung, die Kirche helfe ihm, die Protestierenden von der Straße zu holen. Dabei hatte der Präsident wohl übersehen, dass es in der nicaraguanischen Bischofskonferenz einen Flügel gibt, der nicht im Sinn hat, zum eigenen Vorteil einen Pakt mit den Mächtigen des Staates einzugehen. Dieser Flügel versteht den Nationalen Dialog als partizipativen Prozess und erkennt die Autonomie der Zivilgesellschaft an.

Vormals konnte sich Ortega durchaus darauf verlassen, dass Teile der Kirchenhierarchie die Teilhabe an der Macht als genuine Rolle einer Kirchenführung betrachteten. Werfen wir dafür einen kurzen Blick zurück: In den 1980er Jahren hatte die traditionalistische Kirchenleitung Nicaraguas unter der Führung von Kardinal Obando y Bravo eindeutig Position bezogen gegen die Revolu-

tionsregierung der FSLN. Akzentuiert und eindeutig gegen jedwede linke Idee und revolutionäre Aktion konnte sich Obando y Bravo auf die Rückendeckung des Vatikans unter Papst Johannes Paul II berufen. Vielmehr noch, die offizielle katholische Kirche stellte sich auch gut mit der US-Administration unter Ronald Reagan und den von dort finanzierten Contra Banden.

2006 kreierte Ortega und seine Lebenspartnerin Rosario Murillo – heute die Vizepräsidentin Nicaraguas – einen Pakt mit der katholischen Kirche, um die Chancen einer Wiederwahl zu erhöhen: In der Kathedrale der Hauptstadt gab Obando y Bravo Daniel Ortega und Rosario Murillo in Anwesenheit ihrer sieben gemeinsamen Kinder den kirchlichen Ehesegen. Dabei verlor der Kirchenfürst – wie vorher nicht und auch später nie – kein Wort darüber, dass Zoilamérica Návárez, älteste Tochter von Rosario Murillo, ihrem Stiefvater Daniel Ortega jahrelangen sexuellen Missbrauch vorgeworfen hatte. Dieses Stillschweigen wie auch den öffentlichen katholischen Ehesegen lohnte Ortega der Kirche, nachdem er zum Präsidenten gewählt worden war. Mit dem Argument, in

SOLIDARITÄT MIT NICARAGUA

Unterstützen Sie die Betroffenen von staatlicher Repression!

Infos unter: www.ci-romero.de
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00



einem katholisch geprägten Land nur mit der Kirche an seiner Seite regieren zu können, kochte der Präsident die sandinistische Parlamentsfraktion weich. Mit den Stimmen der FSLN-Fraktion wurden Gesetze ganz im Sinne des konservativen Weltbilds der Kirche verabschiedet: Sexualkunde wurde aus den Lehrplänen gestrichen und selbst Abbrüche von Schwangerschaften, die das Leben der Frau in Gefahr bringen oder aus einer Vergewaltigung hervorgegangen sind, stehen seither unter Strafe.

Personalwechsel bringt den Wandel

Der aktuelle Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Brenes, von Ortega beschimpft als Putschist und Satanist, lässt sich nicht provozieren. Er steht zum Dialog. Aber noch wichtiger, Brenes und andere Kirchenleute, die bei weitem nicht als fortschrittlich bezeichnet werden können, haben sich wiederholt in und vor Kirchen zwischen die Fronten gestellt, um Verletzte und Schutzsuchende von Regierungskräften zu trennen. Und dass Nuntius Sommertag, der kürzlich ernannte Botschafter des Vatikans, die Einladung zum Revolutionstag annahm, aber andererseits Opfern staatlicher Gewalt zur Hilfe kommt, lässt aufmerken.

Es gibt in Nicaragua Bischöfe, die es ablehnen, einer Kirche vorzustehen, die Machtmissbrauch rechtfertigt, um Einfluss auf Regierungsgeschäfte zu erhalten. Rückenwind gibt ihnen Papst Franziskus. Sie betonen weiterhin die Notwendigkeit eines Nationalen Dialogs unter Beteiligung der Zivilgesellschaft als starkes Subjekt. Hier liegt ein Stück Hoffnung für Nicaragua, einen Weg aus der Gewalt zu finden. ■





Guatemala

„Die Ursachen der Migration liegen im sozio-ökonomischen System!“

Der Bischof von Huehuetenango in Guatemala, Álvaro Ramazzini, engagiert sich gegen Bergbauprojekte und für Landreformen. Dies hat ihm Morddrohungen eingebracht. Auf dem diesjährigen Katholikentag in Münster sicherte er sich die Sympathien des Publikums, als er, angesprochen als Befreiungstheologe, sagte, die Theologie sei eine Sache, die „befreiende Praxis“ indes sein Credo. Über die aktuelle Lage sprach er während seines Besuchs in Deutschland in diesem Interview.

AUSZUG AUS EINEM INTERVIEW DER ZEITSCHRIFT FIJATE

Monseñor, Sie sind beim Katholikentag auf dem Podium „Migration in Mittelamerika“. Was ist Ihnen dabei wichtig?

„Migration ist eines der drängendsten Probleme in Zentralamerika, in Lateinamerika insgesamt. Und es wird immer schlimmer. Solange die strukturellen sozio-ökonomischen Probleme nicht gelöst werden, wird dieses System Migration produzieren. Der Hintergrund der Migration ist vielfältig; in Nicaragua, Honduras, El Salvador hat es Bürgerkriege gegeben, die wiederum vom kapitalistischen, rein merkantilistischen Wirtschaftssystem mitverursacht wurden.

Aber sowohl in den USA als auch in Mexiko werden die Migrationsgesetze immer restriktiver. Gewalt und Drohungen bestimmen das Leben der Migrant*innen. Der lange Arm der

Drogenkartelle reicht bis in die Regierungen, aber auch in manche Wirtschaftsbranchen.

Auch Europa hat seine Migrationswelle, etwa die Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder auch aus Afrika. Wir müssen immer wieder an die Genfer Flüchtlingskonvention erinnern.

Gegenüber Bergbauprojekten sind Sie sehr offen in Ihrer Kritik, kritischer als andere Bischöfe...

In beiden Diözesen, die ich bisher geleitet habe, waren diese Projekte ja vorhanden, in anderen Diözesen aber nicht. Das heißt, die Bischöfe anderer Diözesen haben da etwas weniger Veranlassung, sich zu positionieren. Im konkreten Fall diskutieren wir das dann – aber da kommen wir dann doch überein, ‚Nein‘ dazu zu sagen.

Wie schätzen Sie die politische Lage in Guatemala ein?

Wir leben in einer sehr speziellen Situation. Die Regierung ist ineffizient, schwach. Die Minister werden alle Nase lang ausgetauscht. Es gibt nur geringe öffentliche Ressourcen, weil es in Guatemala keine Kultur gibt, Steuern zu zahlen. Dabei gilt: Ohne Steuern gibt es keine staatlichen Investitionen, was die Entwicklung des Landes und der Menschen beeinträchtigt.

Es gibt die Großgrundbesitzer*innen und Unternehmen, die auf Exporte setzen: Kaffee, Bananen, Palmöl und verschiedenes mehr. Die wollen, dass alles so bleibt, wie es ist. Aber es gibt auch einige Unternehmer*innen, die sagen, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Sie wollen das System ein wenig ändern, aber sie sind in der Minderheit. Insgesamt begünstigt das herrschende System jene, die bereits etwas besitzen, während die, die wenig haben, nicht mehr erhalten.

Und die Politiker*innen, die die Gesetze machen, tun nicht das, was notwendig wäre, zum Beispiel eine Landreform. Was die machen, ist desaströs. Es gibt zwar Ausnahmen, aber die meisten Abgeordneten sind so. Ich erinnere nur an die Gesetzesinitiativen des vergangenen Jahres, die die Strafen für Korruption verringern oder ganz abschaffen wollten.

Und es gibt die CICIG (UN-Kommission gegen Straflosigkeit), die dazu beigetragen hat, dass einige Ex-Präsidenten in Haft sitzen. Die machen Druck auf die Regierenden. Aber die Justiz ist noch immer ineffizient, willkürlich und hält sich nicht an Prozessverfahrensregeln.

Wo bleibt die Hoffnung?

Natürlich verlieren wir als Kirche nicht die Hoffnung. Wir geben viel von unserem Geld für soziale Zwecke und soziale Aktivitäten aus. Wir haben verschiedene Programme für

die Bäuerinnen und Bauern und ihre Organisationen, für Nahrungsmittelprojekte, da viele hungern, und für Gesundheitsprojekte. Wir sind also nicht nur karitativ tätig, sondern wir wollen etwas an den strukturellen, sozio-ökonomischen Ursachen ändern. ■ **“**

In ungekürzter Fassung erschien dieser Artikel zuerst in der Online-Zeitschrift Fjate 656 vom 15. Mai 2018.



Zeichen setzen gegen Straflosigkeit

Am 21. Juni hat die Maya-Frauenvereinigung CONAVIGUA einen Marsch von der Hauptstadt nach San Juan Comalapa in Chimaltenango organisiert. Unter internationaler Begleitung wurden die Überreste von 172 Opfern des Bürgerkriegs auf den Friedhof von Comalapa gebracht. Dort waren die Knochen vor 15 Jahren zwecks DNA Untersuchung exhumiert worden. Der Marsch ist ein Zeichen gegen den „Pakt der Straflosigkeit“, ein Gesetzesentwurf einiger Parlamentsabgeordneter. Sollte er verabschiedet werden, würde die Strafverfolgung von Bürgerkriegsverbrechen eingestellt.

CONAVIGUA hat für den Widerstand gegen das Gesetz Unterstützung von 5.000 Euro angefragt. Bitte unterstützen Sie CONAVIGUA mit Ihrer Spende.

Stichwort « CONAVIGUA »



„Wir sind hier, weil wir an den honduranischen Arbeiter glauben“, verkündet ein Schild bei der Einfahrt in die Freie Produktionszone, in der Produkte für den Export hergestellt werden.

Honduras

Zu Besuch in der Nähfabrik

Unsere Referentin für Arbeitsrechte in der Bekleidungsproduktion, KIRSTEN CLODIUS, besuchte im Juli eine Weltmarktfabrik in der Nähe von San Pedro Sula, Honduras. Sie wollte herausfinden, wie sich die Arbeitsbedingungen in den Nähfabriken dort entwickelt haben.

Es ist furchtbar laut und ich weiß nicht, was ich zuerst wahrnehme, die schnelle Musik, das Hämmern der Maschinen oder die schep-pernden Lautsprecherdurchsagen. Es gibt keine Fenster und das künstliche Neonlicht flackert. Das Wort Legebatterie kommt mir in den Sinn. Alles ist vollgestellt und der Gang ist sehr schmal. Vor allem für unsere Gruppe, die wir eng zusammenbleiben sollen. Ich kann nur hier sein, weil ich gemeinsam mit sechs Teilnehmer*innen an einer Fortbildung unserer Partnerorganisation EMIH (Unabhängiges Monitoringteam Honduras) über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz teilnehme. EMIH hat den Besuch mit der Fabrikleitung ausgehandelt, als eine Art Übung. Dank der lokalen Gewerkschaft und EMIHs Einfluss hat sich in den letzten Jahren vieles

gebessert. Die Angestellten haben einen Kollektivvertrag, das ist in Honduras selten.

1.600 Arbeiter*innen nähen hier vor allem für Nike und Under Armour. Fotografieren dürfen wir nicht, das verbieten die Marken. Nike ist unbestrittener Marktführer weltweit für Sportbekleidung, Under Armour ein aufstrebender Konkurrent. Die beiden sind sich spinnefeind. Hier in der Fabrik wird unter Hochdruck gleichzeitig für beide gearbeitet. Mit denselben Maschinen, bedient von denselben Menschen. Regelmäßig führen die Marken hier Kontrollbesuche durch, aber ebenso regelmäßig führen diese leider zu keiner Verbesserung der ungesunden Arbeitsbedingungen. Obwohl beide Marken genügend Einfluss nehmen könnten.

Am schwarzen Brett fällt mir eine Sensibi-

lisierungskampagne der Fabrikgewerkschaft ins Auge, sie klärt über die Gefahren von Aufputschgetränken auf. „Red Bull verleiht Flügel – direkt bis in den Himmel.“ In Honduras wird häufig im 4x4 Schichtsystem gearbeitet. Das heißt, die Arbeiter*innen müssen an vier aufeinanderfolgenden Tagen jeweils zwölf Stunden arbeiten und erreichen damit eine reguläre 48 Stunden-Woche. Das ermöglicht es dem Management, die Fabrik voll auszulasten. Weil das Gehalt aber hinten und vorne nicht zum Leben reicht, nutzen viele – solange ihr Körper mitspielt – die übrigen „freien“ Tage oder Nächte, um Überstunden zu leisten. In der Nähe vieler Fabriken gibt es inzwischen Schlafkasernen. Die Betten werden im Schichtsystem rund um die Uhr ausgelastet. Die einen stehen auf, während die anderen aus der Fabrik kommen und sich in die noch warmen Betten legen. Ein Privatleben bleibt da nicht, viele Kinder sehen ihre Mutter kaum.

Wir messen fleißig die Breite der Gänge, überprüfen die Zugänglichkeit von Erste Hilfe Kästen, zählen Feuerlöscher und Notausgänge, machen Notizen über die Nutzung von Atemmasken und Ohrstöpseln, inspizieren die Toiletten und befragen einige Arbeiter*innen – lange sprechen dürfen wir nicht, das würde die Produktion verzögern. Ergonomische Stühle sollten inzwischen Standard sein, aber ein neues, effizienteres Produktionssystem macht viele Fortschritte rückgängig. Statt einem einzigen Arbeitsschritt erledigt eine Person nun zwei oder drei Arbeiten und bedient unter hohem Zeitdruck verschiedene Maschinen. Um schnell von einer zur anderen zu wechseln, verdrehen die Arbeiter*innen oft ihren Körper – die Steigerung der Produktivität geht zu Lasten ihrer Gesundheit.

Am hinteren Rand der Halle befindet sich ein Bereich mit ausgedienten Maschinen. Hier sehen wir auch eine Gruppe von Arbeiter*innen. Erst denke ich an Strafarbeit, dann wird mir erklärt, dass diese Arbeiter*innen

ärztliche Atteste für Berufskrankheiten haben und nur noch bestimmte Sonderaufgaben erledigen können. Sie wirken wie ausrangiert.

Ich bin froh, als wir die Halle wieder verlassen.

Die Fabrik-Gewerkschaft schenkt mir zum Abschied ein Shirt von Under Armour. Es sieht edel aus. Wie es gefertigt wurde, sieht man ihm nicht an.



Arbeiter*innen stärken

Das Unabhängige Monitoring Team (EMIH) qualifiziert Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen in der Exportindustrie. In einer mehrtägigen Ganztags Schulung macht EMIH je 20 Arbeiter*innen fit in der Verteidigung von Arbeitsrechten, zeigt, wie sie selbst Kontrollen in der Fabrik durchführen können und worauf es bei Kollektivverhandlungen ankommt. Die Gewerkschafter*innen der besuchten Fabrik haben beispielsweise bei EMIH gelernt, den Kollektivvertrag für die Belegschaft auszuhandeln. Die Kosten für einen Intensivkurs liegen pro Teilnehmer*in bei etwa 300 Euro – ein Beitrag, der sich lohnt!

Unterstützen Sie dieses Empowerment.

Stichwort « EMIH »

H&Ms Goldesel



Der Fast Fashion Riese lässt Arbeiter*innen am langen Arm verhungern

*Eigentlich hat der schwedische Modegigant H&M für 2018 ein Versprechen geleistet: Alle 850.000 Näher*innen seiner „Gold“-Zulieferfabriken sollen einen existenzsichernden Lohn bekommen. Deshalb hat die Kampagne für Saubere Kleidung in diesen Vorzeigefabriken nachgeforscht. Die Ergebnisse sind schockierend und lassen vermuten, dass H&M für Hunger & Misere steht. TEXT: ISABELL ULLRICH (CIR)*

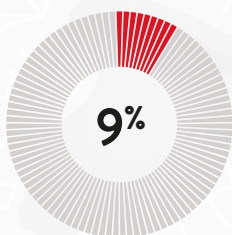
„Die Löhne sind so niedrig, dass wir Überstunden machen müssen, um unsere grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen“, sagte eine Näher*in einer indischen Fabrik, der H&M seinen Gold-Status bescheinigt. In Indien, Kambodscha, der Türkei und Bulgarien — nirgends verdienen die befragten Arbeiter*innen auch nur annähernd genug, um Essen, Kleidung, Wohnung, Medikamente und Bildung für die Familie zu bezahlen.

Arbeit macht arm

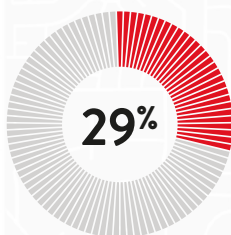
In Kambodscha verdienen die Angestellten der H&M Zulieferfabrik zwar etwas mehr als bei der letzten Untersuchung 2016, das liegt aber weniger an den Bemühungen von H&M, sondern daran, dass der gesetzliche Mindestlohn seitdem von umgerechnet 140 auf 170 Euro angehoben wurde. Die Inflation frisst allerdings den tatsächlichen Zugewinn der Arbeiter*innen fast komplett auf.

EXISTENZSICHERND? WEIT GEFEHLT!

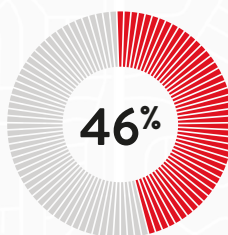
Das Grundgehalt der befragten Arbeiter*innen (ohne Überstunden) deckt nur einen Bruchteil eines existenzsichernden Lohns für eine Familie.



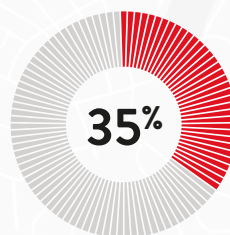
BULGARIEN



TÜRKEI



KAMBODSCHA



INDIEN



WAS HAT H&M VERSPROCHEN?

2013 versprach H&M öffentlich, bis 2018 in allen Gold- und Platin-Fabriken Vergütungsstrukturen zu schaffen, die die Bezahlung von „fairen existenzsichernden Löhnen“ für die 850.000 Angestellten ermöglichen.



WAS HAT H&M SEITDEM GETAN?

Das Versprechen wurde Stück für Stück abgeschwächt und verwässert. Im aktuellen H&M Nachhaltigkeitsbericht ist nur noch die Rede davon, dass 50% der Ware aus Fabriken kommen soll, die die sogenannte „Fairer-Lohn-Methode“ anwenden. Ob die Methode wirkt, steht nicht im Bericht.



WAS KÖNNTE H&M TUN?

Der 4-Stufen-Plan von 2013 sieht unter anderem vor, dass H&M seine Einkaufspraktiken ändern will. Längere Lieferfristen – weg von Fast Fashion – und langfristige Verträge würden den Fabriken überhaupt erst ermöglichen, existenzsichernde Löhne zu zahlen.

In der Türkei und Bulgarien liegen der Mindestlohn und sogar die Armutsgrenze paradoxer Weise höher, als der Lohn der Befragten. Besonders verheerend ist die Lage in Bulgarien. Dort verdienen die interviewten Arbeiter*innen selbst mit 40 Überstunden pro Woche noch nicht einmal zwei Drittel dessen, was die EU als Armutsgrenze definiert. Man könnte also resümieren: Arbeit macht arm.

Armut macht krank

Eine Mutter dreier Kinder aus Indien berichtet, dass sie oft das Frühstück ausfallen lasse, um pünktlich in die Fabrik zu kommen, obwohl sie schon um 4.30 Uhr aufstehe, um sich um Haushalt und Kinder zu kümmern. Da sie

nach 11 Stunden Arbeit oft noch zu (weiteren) Überstunden genötigt werde, sei sie schon zweimal in Ohnmacht gefallen.

„Wir haben keine Wahl“, sagt ihre Kollegin aus einer anderen H&M „Vorzeige“-Fabrik in Bulgarien. „Wir betreten die Fabrik um 8 Uhr früh, aber wir wissen nie, wann wir gehen dürfen. Manchmal wird es 4 Uhr morgens.“ Auch dort sind Ohnmachtsanfälle – vor allem bei Frauen – keine Seltenheit.

Auf die Frage, wie sie mit den niedrigen Löhnen zurecht kämen, antworteten alle befragten Arbeiter*innen in Kambodscha, dass sie am Essen sparten. Eier, Milch oder andere eiweißreiche Nahrung können sie sich selten oder gar nicht leisten.



In den Nähfabriken Osteuropas ist die Kluft zwischen dem tatsächlichen Lohn und einem existenzsichernden Lohn besonders gravierend.



Abhängigkeit macht Angst

H&Ms Plan hin zu existenzsichernden Löhnen für die Arbeiter*innen der „Gold“-Zulieferer sah unter anderem vor, Gewerkschaften

in den Fabriken zu stärken, sodass diese selbst für bessere Löhne eintreten könnten. Doch auch da hat sich nicht viel getan, wie man am jüngsten Fall der indischen „Gold“-Fabrik Shahi Unit 8 sieht, bei der die Bildung einer unabhängigen Betriebsgewerkschaft gewaltsam

unterdrückt wurde. Am Ende sorgten Gewerkschaften vor Ort mit Unterstützung der Kampagne für Saubere Kleidung, der Allianz für einen asiatischen Grundlohn und dem Worker Rights Consortium dafür, dass ein Vermittlungsprozess in Gang kam.

„Meine Kollegin wurde gefeuert, nachdem sie bewusstlos geworden war.“

ARBEITER*IN AUS EINER
H&M GOLD FABRIK
IN BULGARIEN

Auch in der Türkei, Bulgarien und Kambodscha hatten die Arbeiter*innen Angst, überhaupt Fragen zu ihrer Arbeit zu beantworten, weil dort offensichtlich ein Klima der Abhängigkeit vorherrscht.

Bleibt die Frage, wofür die untersuchten Fabriken von H&M den „Gold“-Status bekommen? An der Qualität der Arbeitsbedingungen oder der Höhe der Löhne kann es offensichtlich nicht liegen. Es scheint eher, als betrachte H&M die Näher*innen nach wie vor als seine Goldesel – der Konzern machte im vergangenen Jahr 1,8 Milliarden Gewinn. ■

Die Studie wurde durchgeführt von der internationalen Clean Clothes Campaign (Kampagne für Saubere Kleidung, kurz: CCC). Koordiniert wurde sie von Bettina Musiolek vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen, das wie die CIR Mitglied der deutschen CCC ist. Alle Ergebnisse der Studie finden Sie unter www.saubere-kleidung.de/lohn-zum-leben/h-und-m

Wir lassen nicht locker!

Auch wenn H&M sein Versprechen zu vergessen scheint, wir erinnern den Fast Fashion Giganten daran und lassen nicht zu, dass er sich nur ein grünes Mäntelchen überwirft. Wir machen die Aktionär*innen und Kund*innen auf die Missstände aufmerksam und recherchieren in den Fabriken, bis H&M sein Versprechen hält.

Unterstützen Sie uns dabei – mit Ihrer Unterschrift auf www.ci-romero.de/turnaroundhm oder einer Spende für unsere Recherche- und Kampagnenarbeit.

Stichwort « FAST FASHION »

FOTO: YEVGENIA BELORUSETS

Die Christliche Initiative Romero in Zahlen

Finanzbericht 2017



Mit **525.077 Euro Spenden** hat die CIR 2017 ein gutes und ähnliches Spendenergebnis erzielt wie im Vorjahr (2016: 525.286 Euro). Die Rücklagen steigen um 198.014 Euro, was insbesondere auf einen Mittelzufluss aus öffentlich geförderten Projekten zurückzuführen ist.

Stimme für Gerechtigkeit in Europa

Für Projekte in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Kampagnenarbeit erhielt die CIR 631.309 Euro von der Europäischen Union. Ein Schwerpunkt war das Programm zur sozialen Unternehmensverantwortung von Supermärkten hinsichtlich ihrer Eigenmarken, das mit Partnern aus allen 28 EU-Ländern durchgeführt wurde. Großen Anklang fand vor allem der Wegweiser durch das Label-Labyrinth. Dafür hat das Kampagnen-Team der CIR knapp 90 gängige Fairhandels- und Bio-Label auf ihre Glaubwürdigkeit, sowie ökologische und soziale Kriterien hin überprüft und die Ergebnisse in einem gedruckten Ratgeber sowie online (unter www.ci-romero.de/kritischer-konsum/siegel-von-a-z) zusammengefasst.

Weitere 188.663 Euro kamen für die Bildungs- und Kampagnenarbeit in Deutschland vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus förderte das BMZ die Organisation und Begleitung von Multi-Akteurs-Partnerschaften mit 525.204 Euro. In diesen Partnerschaften – kurz MAPs – arbeiten Unternehmen, Gewerkschaften und NGOs aus

dem Globalen Süden und Norden gemeinsam an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Lieferketten von Orangensaft und Spielzeug.

Solidarität mit Mittelamerika

Die **Auslandsprojekte der CIR** wurden vom BMZ mit insgesamt 1.368.374 Euro gefördert. Den zu leistenden Eigenanteil an diesen Auslandsprojekten hat die CIR durch Projektspenden abgedeckt. Außerdem wurden die Spenden zur direkten Unterstützung unserer Partner*innen in Mittelamerika genutzt.

In **Nicaragua** unterstützte die CIR ihre Partnerorganisationen mit 592.752 Euro, darunter viele Frauenorganisationen. Neben 219.597 Euro für das Programm „Keine Gewalt gegen Frauen“ gingen 91.080 Euro an die Frauenorganisation Aguas Bravas. Die Umweltorganisation Centro Humboldt er- ➤





Estela Ramirez (4.v.l.) von SITRASACOSI wurde als Beraterin des Arbeitsministeriums in El Salvador vereidigt.



Pedro Landa von ERIC in Honduras gegen rücksichtslosen Rohstoffabbau



CIR-Partnerinnen aus Guatemala bei der traditionellen Maya-Webkunst

Bilanz (Vermögen)		
AKTIV	31.12.2016	31.12.2017
1. Anlagevermögen	15.591	21.788
2. Warenbestand	7.273	29.924
3. Forderungen	46.202	27.368
4. Bankguthaben, Kasse	1.876.469	1.911.665
SUMME	1.945.535	1.990.745

PASSIV	31.12.2016	31.12.2017
1. Rücklagen	1.253.619	1.451.633
2. Rückstellungen	115.550	289.060
3. Verbindlichkeiten	576.366	250.053
SUMME	1.945.535	1.990.745

hielt 80.909 Euro. Weitere Spenden wurden den kirchlichen Basisgemeinden von Teyocoyani für ihre Gemeindearbeit zur Verfügung gestellt.

In **El Salvador** wurde das Maquila-Projekt weiter gefördert, in welchem Frauenorganisationen mit Gewerkschaften zusammenarbeiten, um die Arbeiter*innen in Nähfabriken zu schulen und zu stärken. Die Mittel hierfür betrugen 171.417 Euro. Im Rahmen des mittelamerikanischen Rohstoffprojekts gingen 134.375 Euro an CRIPDES. Die Frauenorganisation ORMUSA erhielt 101.650 Euro für ihre regionale Arbeit zu Weltmarktfabriken. Die CIR unterstützte ferner mit 14.234 Euro Frauenprojekte des Weltgebetstags der Frauen sowie mit weiteren Projektgeldern kirchliche Basisgemeinden und Organisationen der bäuerlichen Landwirtschaft.

In **Guatemala** wurden mit 24.335 Euro Landrechtsgruppen, indigene Organisationen und Frauenprojekte gefördert. Dazu gehört z.B. eine Unterstützung für die Maya-Frauenorganisation AFEDES, die sich um den Schutz des kollektiven geistigen Eigentums

Gewinn- und Verlustrechnung (Einnahmen und Ausgaben)		
ERTRÄGE	2016	2017
1. Spenden*	525.286	525.078
2. öff. Zuwendungen Kampagnen- und Bildungsprojekte davon Weiterleitung an europäische Partner	1.972.406 860.237	1.498.044 55.154
3. öff. Zuwendungen Mittelamerika-Projekte	934.800	1.368.374
4. sonst. Zuwendungen	94.246	14.262
5. Verkauf Materialien	17.108	37.164
6. Sonstige Erträge	177.224	53.627
SUMME	3.721.071	3.496.549

AUFWENDUNGEN		
1. Projektaufwen- dungen**	1.004.817	1.526.738
2. Projektbegleitung/ -förderung - Personalkosten - Sachkosten	59.228 51.836 7.392	61.281 53.232 8.049
3. Kampagnen- und Bildungsarbeit - Personalkosten - Sachkosten	1.973.759 647.954 1.325.805	1.381.304 665.399 715.905
4. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung - Personalkosten - Sachkosten	100.684 64.795 35.888	114.708 66.540 48.168
5. Verwaltung - Personalkosten - Sachkosten	184.058 99.353 84.705	214.504 102.028 112.476
SUMME	3.322.545	3.298.535
ERGEBNIS	398.526	198.014

*ANGABEN ZU SPENDEN

Nicaragua	43.976	38.629
El Salvador	28.859	25.605
Guatemala	21.428	16.285
Honduras u. sonstige Länder	39.584	27.719
Kampagnen- & Öffentlichkeitsarbeit	75.036	72.894
ohne Angaben	316.403	343.945
SUMME	525.286	525.078

**PROJEKTAUFWENDUNGEN

Nicaragua	380.937	592.941
El Salvador	408.941	423.651
Guatemala	102.235	155.211
Honduras/ sonstige Länder	112.704	355.124
SUMME	1.004.817	1.526.738

an der Maya-Webkunst bemüht. Im Rahmen des großen mittelamerikanischen Rohstoffprojekts erhielt Madre Selva 61.165 Euro und die Frauenorganisation AMES partizipierte mit 60.320 Euro am Maquila-Programm.

In Honduras förderte die CIR das Projekt von EMIH und CDM zu den sozioökonomischen Rechten von Lenca-Frauen mit 55.621 Euro. Im BMZ-Rohstoffprojekt wurde ERIC mit 66.483 Euro gefördert. Aus BMZ-Mitteln für Maquila-Arbeit bekam die Arbeitsrechtsorganisation EMIH 49.219 Euro.

An andere lateinamerikanische Partner*innen flossen 151.032 Euro. Insgesamt 40 Partnerorganisationen konnte die CIR 2017 in Mittelamerika unterstützen.

Mitgliederversammlung

Im Oktober 2017 fand die CIR-Mitgliederversammlung statt, auf welcher die inhaltliche und finanzielle Situation der CIR dargestellt wurde. Die Mitgliederversammlung entlastete den Vorstand.

DZI-Siegel bestätigt

Nach den Kriterien des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI) wurde die CIR 2017 vom DZI geprüft und das DZI-Spendensiegel erneut bestätigt.



Dr. Thomas Bröcheler ist Vorsitzender der CIR. Den ausführlichen Jahresbericht finden Sie unter www.ci-romero.de/ueber-uns/verein

Neu im CIR-Team



Andréa de Moraes Barros gehört seit Juli zum CIR-Team in Münster. Sie unterstützt den Aufbau eines Bündnisses zur Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in

der internationalen Orangensaft-Lieferkette. Davor promovierte die Juristin in Sozialwissenschaften zum Thema Partizipation und menschenwürdige Arbeit. In den vergangenen Jahren arbeitete Andréa in Brasilien unter anderem in einer Organisation zur Förderung sozio-ökonomisch benachteiligter Gruppen, um deren Partizipation in der Gesellschaft zu verbessern.



Seit August arbeitet **Merle Schmidt** als Volontärin im CIR-Büro Münster. Derzeit übernimmt sie hauptsächlich Recherchen für Publikationen und Übersetzungen. Merle hat

Soziologie und Spanisch studiert und einen entwicklungspolitisch ausgerichteten Masterabschluss. Zuvor hat sie in der Erwachsenenbildung Projekte mit Partnerorganisationen in Spanien organisiert sowie in der Beratung für Geflüchtete gearbeitet. Als Praktikantin und Studentin hat sie Erfahrungen in Ländern Südamerikas gesammelt.

FOTOS: MAREN KUITER (MAREN-KUITER.COM)

IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei Dauerspender*innen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- ☐ einmalig ☐ monatlich
☐ 1/4 jährlich ☐ 1/2 jährlich ☐ jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- ☐ Projektarbeit ☐ Öffentlichkeitsarbeit
☐ Projekt-/Öff.-Arbeit ☐ Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an ci@ci-romero.de

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. All unsere Publikationen finden Sie unter www.ci-romero.de/publikationen.

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
Magazin presente 3/2018 (vorliegend)	gratis	
Broschüre: Romero Stiftung	gratis	
RomeroZeitung 2015 – anlässlich der Seligsprechung Romero	gegen Porto	
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	2,50	
Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds	gegen Porto	
Faltblatt: CIR-Fördermitgliedschaft	gegen Porto	
Faire öffentliche Beschaffung		
Flyer: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!	gegen Porto	
Flyer: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht	gegen Porto	
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Stadt?		
Leitfaden: Wegweiser zur sozial verantwortlichen Beschaffung in Kommunen	4,00	
Öko-sozialer kirchlicher Einkauf		
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Kirche?	gegen Porto	
Faltblatt: Das öko-faire Gotteshaus Neuauflage	gegen Porto	
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche? Ein Leitfaden zum ethischen Konsum in Kirchen	5,00	
Kampagne für Saubere Kleidung		
Infopaket: Saubere Kleidung	gegen Porto	
Aktionszeitung: #Modesünde – Fast Fashion		
Broschüre: Eingefädelt – Hinter den Kulissen der Bekleidungsindustrie	5,00	
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster)	20,00	
Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!	gegen Porto	
Hintergrund: #SAUBEREKLEIDUNG		
Faltblatt: Fit For Fair – für Sportler*innen u. Vereine		
Werkmappe: Fit For Fair – Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportbekleidungsproduktion	5,00	
Werkmappe: Mode ohne Würde: Ausbeutung in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Informationen, Strategien, Aktionen	5,00	
Rohstoffe		
Infopaket: Rohstoffe	gegen Porto	
Faltblatt: Schöner Schein... – Kann man Gold „ethisch“ konsumieren? beiliegend	gegen Porto	
Studie: Mexiko – Gewaltrohstoffe für Deutschlands Industrie?	4,00	
Studie: Diebstahl – Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt	2,00	
Aktionszeitung: Begrabene Menschenrechte – Bergbau in Mittelamerika und Mexiko		
Aktionszeitung: Rohstoffe auf Kosten von Mensch und Natur?	gegen Porto	
Aktionszeitung: Banken und Bergbau		
Protestpostkarte: Deutsche Bank: Keine rücksichtslosen Rohstoffgeschäfte!		

Kritischer Konsum		
Infopaket: Ethischer Konsum		
Aktionsmaterial und Kund*innenkarte: Tricksen Tarnen Täuschen	gegen Porto	
Aktionskarte: Gaben & Begabungen teilen		
Werkmappe: Kaufwahn oder Konsumieren mit Sinn?	5,00	
Wegweiser durch das Label-Labyrinth	2,00	
Quick Check: Eine schnelle Orientierung im Label-Labyrinth		
Bündniszeitung zum UN-Treaty: Menschenrechte vor Profit	gegen Porto	
Prospektpersiflage (Adbust): Was hinter Schnäppchen steckt	ALDI ☐ LIDL ☐ KIK ☐ EDEKA ☐	
Supermärkte und Lebensmittel		
EDEKA-Stickerprotestkarte: Wir ... auf Arbeitsbedingungen		
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild	gegen Porto	
presente extra: Essen ist politisch		
Broschüre: DER WANDEL – Schattenseiten & Lichtblicke in der Orangensafterstellung		
Studie: Ausgepresst – Hinter den Kulissen der Saftindustrie	4,00	
Aktionszeitung: Hauptsache billig? Die Eigenmarken der Discounter...	gegen Porto	
Infoblatt: Ausbeutung in Chicken Nuggets		
Studie: Unser täglich Fleisch	2,00	
Brettspiel: Trade Jack – Verbessere Deine Lieferkette	10,00	
Werkmappe: Supermärkte in die Verantwortung nehmen!	3,00	
Wander-Ausstellung: Lebenswelten 20 Plakate zur Ausleihe, Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette	12,00 ¹⁾	
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen, 10 Methodenblättern, vielen Aktionsmaterialien	10,00	

¹⁾ für Verpackung u. Versand

Name/Organisation _____

Strasse und Hausnummer _____

PLZ und Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

☐ Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.



CHRISTLICHE
INITIATIVE
ROMERO

Christliche Initiative
Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster

Telefon 0251 - 67 44 13 -0
Fax 0251 - 67 44 13 -11
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Bankverbindung
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM



Der Maquila-Solidaritätsfonds

Beistand in schwierigen Zeiten

Knapp 400.000 Menschen schuften unter Hochdruck tagein tagaus in den Textil- und Bekleidungsfabriken Mittelamerikas, den sogenannten Maquilas. Die meisten davon sind Frauen. Weil es kaum Alternativen formeller Arbeit gibt, um die Familie zu ernähren, haben die Fabriken großen Zulauf an willigen und leider billigen Arbeitskräften.

Die Abhängigkeit von der Fabrikarbeit setzt die Näher*innen stark unter Druck. Das Tages-Produktionssoll ist viel zu hoch – diktiert von den viel zu kurzen Lieferfristen der großen Modemarken. Viele leisten dann sogar freiwillig exzessive Überstunden, denn ohne die monatlichen Bonuszahlungen zum gesetzlichen Mindestlohn wird das Essen knapp – an Rücklagen ist gar nicht erst zu denken.

Die Verzweiflung ist daher groß, wenn Arbeiter*innen von einem auf den anderen

Tag ihre Anstellung verlieren. Zum Beispiel weil die Fabrik plötzlich schließt und den Angestellten ausstehende Gehälter und Abfindungen vorenthält. Oder weil ihnen gekündigt wird, weil sie sich für ihre Rechte eingesetzt haben, eine Gewerkschaft gründen wollten, sie schwanger wurden oder wegen Krankheit nicht zur Arbeit kommen konnten.

Unser Maquila-Solidaritätsfonds hilft Betroffenen in Notsituationen schnell und unbürokratisch.

Zeigen Sie sich solidarisch mit den tapferen Arbeiter*innen in Mittelamerika!

Spendenstichwort
«MAQUILA-SOLIDARITÄTSFONDS»

Kampagne für Saubere Kleidung

Clean Clothes Campaign Germany ✂

In der Kampagne für Saubere Kleidung macht sich die CIR stark für strukturelle Verbesserungen in der Bekleidungsindustrie und bietet Modemarken wie den Fast Fashion Giganten H&M und Primark die Stirn.

Informieren Sie sich über aktuelle Aktionen auf www.ci-romero.de/kleidung

